

Befürchtung heraus, dass aus dieser Systematik ein Recht auf Ehe für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden könnte. Wenn diese Bestimmung als Absatz 1bis von Artikel 11 eingefügt wird, ist diese Befürchtung unbegründet. Ich möchte das insbesondere Herrn Engelberger noch einmal in Erinnerung rufen: Es geht hier nicht um Ehe und Familie, sondern um den Schutz der Privatsphäre. Nach dieser Umplazierung stimmten wiederum 13 Kommissionsmitglieder für diese Bestimmung, nur noch 16 waren dagegen, und ein Mitglied enthielt sich der Stimme.

Koller Arnold, Bundesrat: Bei Artikel 11 handelt es sich wiederum um die ausdrückliche Kodifikation eines bisher ungeschriebenen verfassungsmässigen Rechtes, das vom Bundesgericht entwickelt worden ist. Die Unverletzlichkeit des Post- und Telegraphengeheimnisses ergibt sich dagegen aus Artikel 36 Absatz 4 der geltenden Bundesverfassung. Das Recht auf Achtung der Privatsphäre ist auch völkerrechtlich anerkannt; ich verweise auf Artikel 8 EMRK. Die Achtung des Privatlebens gewährt jeder Person das Recht, ihr Leben zu organisieren und Beziehungen zu anderen Personen zu unterhalten, ohne dass der Staat sie daran hindert. Artikel 11 Absatz 2 gewährt das Recht auf Schutz der persönlichen Daten vor Missbrauch. Wir haben damit das Prinzip des Datenschutzes, das bisher nur auf der Ebene der einfachen Gesetzgebung geregelt war, angesichts seiner grossen Bedeutung in der heutigen Zeit bewusst auf die Verfassungsebene angehoben. Das ist ein klassischer Fall von Heraufstufung geltenden Rechtes. Das zum allgemeinen.

Was den Antrag der Minderheit I (Vallender) angeht, ist grundsätzlich festzuhalten, dass das Bundesgericht im Bundesgerichtsentscheid 103 Ia 295 ausgeführt hat, die persönliche Freiheit beinhalte das Recht «de choisir son mode de vie, d'organiser ses loisirs et d'avoir des contacts avec autrui». Die Frage ist nun: Genügt das nicht? Braucht es noch eine ausdrückliche Garantie der freien Wahl der Form des gemeinschaftlichen Zusammenlebens?

Wenn Sie sich für den Antrag der Minderheit I entscheiden, scheint mir ganz zentral, dass klargestellt sein muss, was das bedeutet. Meines Erachtens würde sich direkt aus der Verfassung ergeben, dass ein Konkubinatsverbot nicht mehr möglich ist. Die Unmöglichkeit des Verbots ist aber bereits in allen Kantonen realisiert. Es wäre also nur eine vorsorgliche verfassungsrechtliche «Bremse» für den Fall, dass irgend ein Kanton – diese Gefahr besteht heute sicher nicht mehr – wieder ein Konkubinatsverbot einführen möchte. Demgegenüber wären diese beiden Artikel – ich bin deshalb froh, dass Frau Vallender ihren Minderheitsantrag hier einbringt und nicht bei Artikel 12, beim Recht auf Ehe und Familie – ganz klar auseinanderzuhalten. Es ginge dann nicht an, aus diesem Recht auf freie Wahl der Form des gemeinschaftlichen Zusammenlebens irgendwelche Rechtsfolgen im familienrechtlichen Sinn abzuleiten. Es gäbe also z. B. ganz sicher kein Recht auf Adoption; all das müsste ganz klar negativ abgegrenzt sein.

Zum Antrag der Minderheit II betreffend den Datenschutz: Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass mit dem Verweis auf den Missbrauch die umfassende Datenschutzgesetzgebung und damit auch die Beseitigung bzw. Berichtigung falscher Daten eigentlich enthalten ist. Das ist ein Grundgehalt des Datenschutzes.

Persönlich habe ich Bedenken bei diesem Minderheitsantrag, denn wir mussten – wie Sie wissen – im Staatsschutzgesetz und auch im Bundesgesetz über kriminalpolizeiliche Zentralstellen diese Berichtigung und das Einsichtsrecht über den Datenschutzbeauftragten mediatisieren. Hier legen wir individuelle Rechte fest, und deshalb besteht eine gewisse Gefahr, dass die Bestimmungen der beiden Gesetze dann als verfassungswidrig erklärt werden könnten.

Um solche Auslegungsschwierigkeiten zu vermeiden, bitte ich Sie, der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

Abs. 1 – Al. 1

Angenommen – Adopté

Abs. 1bis – Al. 1bis

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit

83 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I

73 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit

92 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II

68 Stimmen

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

96.060

«Agrarpolitik 2002»

«Politique agricole 2002»

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 636 hiervor – Voir page 636 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 19. März 1998

Décision du Conseil des Etats du 19 mars 1998

Antrag der Einigungskonferenz vom 19. März 1998

Proposition de la Conférence de conciliation du 19 mars 1998

A. Bundesgesetz zur Förderung der Landwirtschaft

A. Loi fédérale sur l'amélioration de l'agriculture

Nebiker Hans-Rudolf (V, BL), Berichterstatter: Sie haben die Anträge der Einigungskonferenz soeben erhalten. Ich möchte dazu einige Bemerkungen machen. Es sind zwei Differenzen verblieben, bei Artikel 157 Absatz 8 und bei Artikel 184 Ziffer 7.

Bei Artikel 157 Absatz 8 geht es um das Verbot der nutritiven Verwendung von Antibiotika als Leistungsförderer: Der Nationalrat wollte die Importe untersagen, wenn nicht klar nachgewiesen werden kann, dass bei der Fütterung keine Antibiotika verwendet worden sind. Dieses Einfuhrverbot wäre nicht WTO-konform. Der Ständerat hat eine andere Version vorgeschlagen, die auf Artikel 16a LwG verweist. Artikel 16a schreibt bei Produktionsarten, die in der Schweiz verboten sind, obligatorisch die Deklaration und Zollzuschläge, also zusätzliche Zölle, vor.

Hier hat sich die Einigungskonferenz einstimmig dem Ständerat angeschlossen, allerdings die Version des Ständerates verdeutlicht: Es heisst nicht mehr «im Sinne von Artikel 16a», sondern «gemäss Artikel 16a». Das heisst, dass Artikel 16a angewendet werden muss. Das bedeutet konkret, dass in allen Fällen, wo beim Import nicht nachgewiesen werden kann, dass die Produktion zu den gleichen einschränkenden Bedingungen erfolgt ist, wie sie die Schweiz kennt, deklariert werden muss, dass antibiotikahaltige Leistungsförderer verwendet wurden. Die Deklaration ist also obligatorisch, und es müssen zusätzliche Zölle erhoben werden – soweit dies im Rahmen der WTO möglich ist. Aber Deklaration und Zölle sind obligatorisch. Das läuft also gleich wie bei den anderen Produkten. Der Beschluss der Einigungskonferenz erfolgte einstimmig.

Bei Artikel 184 Ziffer 7 geht es um das Giftgesetz: Der Ständerat hat noch heute morgen die Streichung dieser Änderung beschlossen, die Einigungskonferenz schlägt nun aber mit zwei kleineren Modifikationen vor, dem Nationalrat zu folgen. Das heisst, das Giftgesetz sollte geändert werden, und die kleinen Modifikationen ersehen Sie aus der Fahne: In Artikel 3a Absatz 2 wird nicht mehr «ausschliesslich» auf den Gehalt der Wirkstoffe abgestellt, sondern «vor allem», d. h.,

es können auch Zusatzstoffe daraufhin geprüft werden, ob sie toxisch sind oder nicht, und zwar hat sich diese Prüfung ganz allein auf die Gesundheitsgefährdung, die Umweltgefährdung oder die Gefährdung von Tieren zu beschränken. Diese Ausweitung der Prüfung auf gewisse Zusatzstoffe darf nicht dazu führen, dass der Parallelimport von Pflanzenschutzmitteln verunmöglicht wird, sondern es geht ausschliesslich um ein Element des Gesundheits- und Umweltschutzes. Nur dann können diese Zusatzstoffe bei der Prüfung, ob die Einfuhr möglich ist oder nicht, mit berücksichtigt werden.

Die zweite kleine Änderung betrifft Artikel 3a Absatz 4: Hier wurde das Aufstellen der Länderliste gestrichen. Diese Länderliste wäre im Rahmen des Gatt/WTO sehr problematisch; sie würde auch gewisse Elemente der bilateralen Verhandlungen betreffen. Wenn diese Länderliste gestrichen ist, tut man unserer Absicht keinen Abbruch. Man schafft Schwierigkeiten aus dem Weg, und wenn es Länder gibt, die unsere Bedingungen in keiner Weise erfüllen, dann kann die Zulassung auch im Rahmen der übrigen Bedingungen kontrolliert werden, die vorgeschrieben werden können.

Ich beantrage Ihnen, den beiden Anträgen der Einigungskonferenz zuzustimmen.

Gros Jean-Michel (L, GE), rapporteur: Tout d'abord, en ce qui concerne l'article 157 alinéa 8 qui traite de toute cette problématique des antibiotiques, la Conférence de conciliation vous propose, à l'unanimité, d'adhérer à la décision du Conseil des Etats, avec cependant une légère modification. Il s'agit simplement de changer un mot. Au lieu de dire que, pour la viande importée, le Conseil fédéral prend des mesures «au sens de» l'article 16a, il faut dire «selon» l'article 16a. En effet, la version du Conseil national aurait pu conduire, si on l'appliquait rigoureusement, à une interdiction pure et simple d'importer certaines viandes, ce qui pouvait conduire à une violation de nos accords internationaux. La version du Conseil des Etats renforcée par le terme «selon l'article 16a» oblige le Conseil fédéral à appliquer l'article 16a concernant les modes de production interdits en Suisse. Cela signifie en d'autres termes que la déclaration serait obligatoire pour toute viande dont l'importateur ne peut pas prouver qu'elle est produite selon les mêmes critères qu'en Suisse. Le cas échéant, on pourrait prélever des droits de douane plus importants, bien entendu dans la limite des accords internationaux que nous avons ratifiés.

Voilà donc pour la première modification, à l'article 157 alinéa 8, pour laquelle nous vous prions d'adhérer à la décision du Conseil des Etats.

A l'article 184 chiffre 7 qui concerne la loi sur les toxiques, la Conférence de conciliation vous propose aussi à l'unanimité de vous rallier à la version du Conseil national modifiée sur deux points. Premièrement, au début de l'article 3a alinéa 2, il s'agit de remplacer le terme «Seule» par l'adverbe «Principalement» – d'ailleurs, j'attire ici l'attention de la Commission de rédaction sur le fait qu'il faudra revoir le texte de la version française. Qu'est-ce que cela signifie? Ça veut dire que ce n'est plus exclusivement la teneur en substances actives des matières auxiliaires qui sera considérée pour mettre en vigueur la possibilité d'importer des produits toxiques, mais «principalement». L'office fédéral compétent pourra donc également examiner les substances annexes à la matière active, mais seulement pour observer si elles présentent un danger pour la protection de la santé humaine ou pour la protection de l'environnement. La Conférence de conciliation a bien insisté sur le fait qu'on devait avoir une interprétation restrictive de cet alinéa et qu'en aucun cas l'analyse des substances annexes ne pourrait permettre la non-mise en vigueur de l'article 184 tel que notre Conseil l'a décidé.

Seuls de solides soupçons qu'une substance pourrait être nuisible à la protection de l'environnement pourraient donc être valables pour empêcher une importation.

La deuxième modification concerne l'article 3a alinéa 4. En effet, la désignation des pays en provenance desquels les importations sont autorisées présentait le risque d'une ségrégation vis-à-vis des pays qui, justement, ne seraient pas dé-

signés dans cette liste. En pleines négociations bilatérales, cela pouvait constituer un certain handicap. En rapport également avec la clause de la nation la plus favorisée, clause présente dans les accords du GATT/OMC, il est apparu que tous les pays devaient être traités de la même manière. La Conférence de conciliation a donc préféré biffer cette phrase à l'alinéa 4, de façon à ne pas risquer l'accusation de discriminer certains pays, et également de façon à ne pas retarder l'entrée en vigueur de tout l'article 184 chiffre 7, en fonction des négociations bilatérales.

C'est dans cet esprit et avec cette interprétation que la Conférence de conciliation vous propose, à l'article 184 chiffre 7, de maintenir la décision de notre Conseil, avec les deux modifications qu'elle a apportées.

Art. 157 Abs. 8

Antrag der Einigungskonferenz

Die Verwendung von Antibiotika und ähnlichen Stoffen als Leistungsförderer für Tiere ist verboten. Der Einsatz zu therapeutischen Zwecken ist meldepflichtig und mit einem Behandlungsjournal zu belegen. Für importiertes Fleisch trifft der Bundesrat Massnahmen gemäss Artikel 16a.

Art. 157 al. 8

Proposition de la Conférence de conciliation

Il est interdit d'administrer aux animaux des antibiotiques et des substances similaires comme stimulateurs de performance. Leur utilisation à des fins thérapeutiques est soumise à la notification obligatoire et doit être consignée dans un journal de traitement. Pour la viande importée, le Conseil fédéral prend des mesures selon l'article 16a.

Angenommen – Adopté

Art. 184 Ziff. 7

Antrag der Einigungskonferenz

Einleitung, Abs. 1, 3, 5

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

.... wird vor allem der Gehalt

Abs. 4

.... Bedingungen fest.

(Rest des Absatzes streichen)

Art. 184 ch. 7

Proposition de la Conférence de conciliation

Introduction, al. 1, 3, 5

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Principalement la teneur en substances

Al. 4

.... la santé publique.

(Biffer le reste de l'alinéa)

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Ordnungsantrag

Motion d'ordre

Ordnungsantrag Fässler

Das Geschäft 97.445, parlamentarische Initiative Hegetschweiler «Steuern. Berücksichtigung ausserordentlicher Aufwendungen beim Wechsel der zeitlichen Bemessung», ist auf die Sondersession vom April 1998 zu verschieben.

«Agrarpolitik 2002»

«Politique agricole 2002»

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1998
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	96.060
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.03.1998 - 08:00
Date	
Data	
Seite	694-695
Page	
Pagina	
Ref. No	20 043 712

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.